

Die Verfassungsreform in Liechtenstein

Verfassungsrechtliche Studien mit
verfassungsrechtsvergleichenden
und europarechtlichen Perspektiven

Günther Winkler

SpringerWienNewYork

Inhaltsübersicht

Seite

Vorwort.....VII

~fy Die Verfassungsinitiative des Fürstenhauses und ihre

;% Vereinbarung mit der Verfassung und mit den Staatsverträgen

^	I. Vorbemerkungen.....	1
^	II. Die Vereinbarkeit der Initiative mit der Verfassung.....	5
•t;	1. Die Initianten des Initiativbegehrens.....	5
!&	2. Die Art der Initiative.....	7
"F	3. Die Vereinbarkeit der Initiative	
?\$tjj:	mit der Landesverfassung.....	9
rjl	a) Das Hausgesetz und das Fürstenhaus.....	12
.	b) Die Immunität des Landesfürsten.....	16
	III. Die Vereinbarkeit der Initiative	
	mit den bestehenden Staatsverträgen.....	17
	IV. Die Vereinbarkeit der Initiative mit Art. 3	
	des Zusatzprotokolls zur EMRK.....	26

Die Verfassungsinitiative, die

Rechtsform und die Einheit der Materie

	I. Die Sachlage.....	37
	II. Das Verfahren für ein formuliertes Initiativbegehren.....	38
	1. Anmeldung, formale Prüfung, Zulassung	
*•	und materielle Vorprüfung eines Initiativbegehrens.....	39
#	2. Einbringung und Prüfung eines	
f(-	, zugelassenen Initiativbegehrens.....	40
e*	3. Die Beschlusskompetenzen des Landtages.....	41
4..	4. Die Volksabstimmung über ein	
j	formuliertes Initiativbegehren.....	41
	5. Zusammenfassung.....	42
	III. Die Rechtsform und der Inhalt	
	von formulierten Initiativbegehren.....	43
*-'	1. Der Gegenstand eines formulierten Begehrens.....	43
*~	2. Die Arten von Begehren und ihre Eingabe.....	44
	3. Das Kumulierungsverbot für	
\$-	verschiedene Arten von Begehren.....	44

	Seite
4. Das Kumulierungsverbot für Initiativbegehren und Referendumsbegehren	45
5. Das Kumulierungsverbot für einfache und formulierte Begehren	45
6. Die Verfassungsmäßigkeit der Kumulierungsverbote	45
IV. Das Rechtsinstitut des formulierten Initiativbegehrens	46
V. Die Einheit der Materie nach dem Staatsgerichtshof	50
VI. Die Einheit der Materie im Schrifttum und in der Praxis	58
VII. Die Einheit der Materie als Rechtsinhaltsbegriff	63
VIII. Totalrevision, Partialrevision und Einheit der Materie in der Verfassung der Schweiz	72
IX. Gesamtänderung, Teiländerung und Einheit der Materie in der Verfassung von Österreich	78
X. Gesamtänderung, Teiländerung und Einheit der Materie in der Verfassung von Deutschland	80
XI. Totalrevision, Partialrevision und Einheit der Materie in der Verfassung von Liechtenstein	83
XII. Sinn und Grenzen einer Verfassungsrechtsverglei chung	85
XIII. Grundbegriffe der empirischen Staatslehre und Rechtsbegriffe einer bestimmten Verfassung	89
XIV. Schlussfolgerungen und praktische Konsequenzen	94

**Die Entscheidung der Verwaltungsbeschwerde-Instanz
über eine Beschwerde gegen die Verfassungsinitiative**

I. Die Entscheidung der Verwaltungsbeschwerde-Instanz	103
II. Die Sachlage vor der Entscheidung	104
III. Voraussetzungen der Zuständigkeit der VBI	107
IV. Die konkrete Verfahrenslage und das Beschwerderecht	110
V. Die Initiative als Teil eines Gesetzgebungsverfahrens	115
VI. Der Zeitpunkt der Abstimmungsbeschwerde nach der Rechtsprechung der VBI und des StGH	118
VII. Die zeitliche Unzulässigkeit der „Abstimmungsbeschwerde“ ...	121
VIII. Die Chronologien der zwei Verfahren	124
1. Die Chronologie des Verfahrens zur Verfassungsinitiative ...	124
2. Die Chronologie des Verfahrens über die „Abstimmungsbeschwerde“	125

	Seite
3. Die Synopse der Chronologien.....	126
IX. Zuständigkeit und Entscheidung der Regierung.....	128
1. Die Anmeldebeschwerde als „Abstimmungsbeschwerde“.....	129
2. Die Parteien des Anmeldeverfahrens und des Vorprüfungsverfahrens.....	131
3. Die Beschwerdelegitimation der 28 Beschwerdeführer. . . .	132
4. Die Zuständigkeit der Regierung und der VBI.....	133
X. Die Zuständigkeit der VBI zur materiellen Prüfung der Beschwerde.....	134

**Die Beschwerde an den Staatsgerichtshof gegen den
Beschluss des Landtages über die Verfassungsinitiative**

I. Die Sachlage.....	145
II. Der Sachverhalt gemäß der Beschwerde.....	145
III. Die Beschwerdeanträge.....	146
IV. Die Verfügung des StGH an die Initianten.....	147
V. Der Beschwerdegegenstand.....	148
VI. Die Zuständigkeit des StGH.....	153
1. Die formale Zuständigkeit.....	153
2. Die materielle Zuständigkeit.....	154
VII. Entscheidungsvoraussetzungen und Entscheidungen.	156
1. Die Entscheidung des StGH als Verwaltungsgerichtshof	157
2. Die Entscheidung des StGH als Verfassungsgerichtshof. . . .	157

*:j ' -
» * \$?<

Das Memorandum

**Eine kritische Analyse des Memorandums des Demokratie-Sekretariats
Vergleich zur Verfassungsinitiative des Fürstenhauses, zur
Landesverfassung, zum Statut des Europarates und zur EMRK**

#&'erster Teil: Die Sachlage.....	165
..^j^weiter Teil: Die acht Themen des Memorandums.....	168
j> Die Immunität des Landesfürsten.....	168
Jsfif*^ 1. Gegenüberstellung der alten und der neuen Regelung. . . .	168
ZySc 2. Der Sinngehalt der alten Regelung.....	168
?&£' 3. Der Sinngehalt der neuen Regelung.....	169
»V\$?'. 4. Die Kritik der drei Autoren.....	173

	Seite
5. Die Schlussthese der drei Autoren.....	177
6. Die Würdigung.....	177
7. Folgerungen.....	182
II. Das Sanktionsrecht des Landesfürsten.....	184
1. Gegenüberstellung der alten und der neuen Regelung	184
2. Der Sinngehalt der alten Regelung.....	185
3. Der Sinngehalt der neuen Regelung.....	187
4. Die Kritik der drei Autoren.....	190
5. Die Schlussthese der drei Autoren.....	195
6. Die Würdigung.....	196
7. Folgerungen.....	199
III. Das Notverordnungsrecht.....	200
1. Gegenüberstellung der alten und der neuen Regelung	200
2. Der Sinngehalt der alten Regelung.....	201
3. Der Sinngehalt der neuen Regelung.....	205
4. Die Kritik der drei Autoren.....	208
5. Die Schlussthese der drei Autoren.....	212
6. Die Würdigung.....	212
7. Folgerungen.....	216
IV. Die Gerichtsbarkeit.....	216
1. Gegenüberstellung der alten und der neuen Regelung	217
2. Der Sinngehalt der alten Regelung.....	221
3. Der Sinngehalt der neuen Regelung.....	222
4. Die Kritik der drei Autoren.....	224
5. Die Schlussthese der drei Autoren.....	225
6. Die Würdigung.....	226
7. Folgerungen.....	227
V. Das Misstrauensvotum gegen die Regierung.....	228
1. Gegenüberstellung der alten und der neuen Regelung	228
2. Der Sinngehalt der alten Regelung.....	230
3. Der Sinngehalt der neuen Regelung.....	241
4. Die Kritik der drei Autoren.....	246
5. Die Schlussthese der drei Autoren.....	253
6. Die Würdigung.....	254
7. Folgerungen.....	257
VI. Die Interpretation der Verfassung durch den StGH.....	258
1. Gegenüberstellung der alten und der neuen Regelung	258

	Seite
2. Der Sinngehalt der alten Regelung.....	258
3. Die ersatzlose Aufhebung dieser Regelung.....	264
4. Die Kritik der drei Autoren.....	268
5. Die Schlussthese der drei Autoren.....	271
6. Die Würdigung.....	271
7. Folgerungen.....	275
VII. Die Autonomie des Fürstenhauses und das Hausgesetz	276
1. Gegenüberstellung der alten und der neuen Regelung	276
2. Der Sinngehalt der alten Regelung.....	276
3. Der Sinngehalt der neuen Regelung.....	281
4. Die Kritik der drei Autoren.....	288
5. Die Schlussthese der drei Autoren.....	290
6. Die Würdigung.....	290
7. Folgerungen.....	295
VIII. Das Austrittsrecht der Gemeinden, das Misstrauensvotum gegen des Landesfürsten, die Prüfung von Staatsverträgen durch den Staatsgerichtshof, die Abschaffung der Monarchie	296
A. Das Austrittsrecht der Gemeinden.....	297
1. Die Gegenüberstellung der alten und der neuen Regelung.....	297
2. Der Sinngehalt der alten Regelung.....	297
3. Der Sinngehalt der neuen Regelung.....	299
4. Die Kritik der drei Autoren.....	301
5. Die Schlussthese der drei Autoren.....	301
6. Die Würdigung.....	301
7. Folgerungen.....	305
B. Das Misstrauensvotum gegen den Landesfürsten	306
/ 1. Die neue Regelung.....	306
2. Der Sinngehalt der alten Regelung.....	306
3. Der Sinngehalt der neuen Regelung.....	308
4. Die Kritik der drei Autoren.....	311
5. Die Schlussthese der drei Autoren.....	312
6. Die Würdigung.....	313
7. Folgerungen.....	320
C. Die Prüfung von Staatsverträgen durch den StGH.....	321
1. Die neue Regelung.....	322
2. Eigenarten der neuen Zuständigkeit des StGH	322

“
{

	Seite
a) Staatsverträge als Gegenstand der Prüfung	322
b) Die zwei Geltungsgründe von Staatsverträgen	324
c) Der innerstaatliche Rang von Staatsverträgen	326
d) Der Prüfungsmaßstab.....	327
e) Die Entscheidungsbefugnis des Staatsgerichtshofs ...	328
f) Die Rechtswirkungen der Aufhebung.....	329
g) Die Völkerrechtsverträglichkeit der neuen Kompetenz.....	329
h) Verfassungsvergleichende Hinweise.....	330
i) Das Beispiel Österreichs.....	331
j) Die Anwendbarkeit der Kompetenzregelung	332
3. Die Kritik der drei Autoren.....	333
4. Die Schlussthese der drei Autoren.....	334
5. Die Würdigung.....	334
6. Folgerungen.....	334
D. Die Abschaffung der Monarchie.....	335
1. Die neue Regelung.....	335
2. Der Sinngehalt der alten Regelung.....	336
3. Der Sinngehalt der neuen Regelung.....	338
4. Die Kritik der drei Autoren.....	341
5. Die Schlussthese der drei Autoren.....	342
6. Die Würdigung.....	342
7. Folgerungen.....	343
Dritter Teil: Die Reform und das Europarecht.....	343
Vierter Teil: Die Besonderheiten des Memorandums.....	351
I. Der Argumentationsstil der drei Autoren.....	351
II. Zweck und Eigenart des Memorandums.....	359

**Die Kontrolle von Verfassungsreformen der Mitgliedstaaten
durch den Europarat am Beispiel Liechtensteins**

**Ein kritischer Kommentar zum Entwurf einer Resolution
des Europarates gegen die Verfassungsreform von Liechtenstein**

I. Die Chronologie.....	367
II. Der Text des Resolutionsentwurfes.....	376
III. Allgemeiner Kommentar.....	455

	Seite
1. Der Aufbau des Resolutionsentwurfes.....	455
2. Der Berichtersteller, seine Intentionen und seine Arbeitsweise.....	458
3. Der Europarat und das DeSe.....	461
4. Die „Standards“ des Europarates.....	471
5. Besondere Standards des Resolutionsentwurfes.....	478
6. Eigenarten der Verfassungen der Mitgliedstaaten.....	486
7. Die Rechtsgrundlagen des Europarates.....	496
8. Der Europarat im Wandel.....	503
9. Fragen und Ausblicke.....	510
10. Schlussbemerkung.....	514

Literaturverzeichnis..... 519

i

I. Liechtenstein.....	519
II. Schweiz.....	521
III. Österreich.....	522
IV. Deutschland.....	523